

Umfrage: Hessen fordert langfristige Sicherung des ÖPNV für alle!

Eine Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der Hessen die Fortführung des Deutschlandtickets fordert. Wichtig für Mobilität und ÖPNV-Ausbau.



Eine aktuelle Umfrage in Hessen belegt das große Interesse der Bevölkerung an einer langfristigen Fortführung des Deutschlandtickets. So halten 89,7 Prozent der Befragten die dauerhafte Weiterführung des Tickets für wichtig, während 66,5 Prozent befürchten, dass ihre Mobilitätskosten ohne das Ticket steigen würden. Diese Ergebnisse sind Teil einer umfassenden Untersuchung, die unter den etwa 13,5 Millionen Abonnenten des Deutschlandtickets durchgeführt wurde. Das **Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende** fordert nun von der Landesregierung und der Bundesregierung eine langfristige Finanzierung des Angebots.

Die Umfrage zeigt zudem, dass 48,1 Prozent der Teilnehmer

angeben, bei einer Abschaffung des Deutschlandtickets häufiger auf das Auto umzusteigen. Dies könnte nicht nur persönliche Mobilität, sondern auch die Umweltbelastung erheblich beeinflussen. 79,6 Prozent der Befragten glauben zudem, dass eine Streichung des Tickets negativ auf die öffentliche Wahrnehmung der neuen Bundesregierung wirken würde. Diese Aspekte verdeutlichen die weitreichenden Folgen, die eine Entscheidung über das Deutschlandticket haben kann.

Meinung der Nutzer

Die Ergebnisse der Umfrage decken sich auch mit den Äußerungen der Nutzer, die auf eine erhöhte Verlässlichkeit und einen besseren Service im öffentlichen Nahverkehr pochen. So wünschen sich 52,4 Prozent eine höhere Verlässlichkeit des ÖPNV, während 41,8 Prozent bessere Taktungen und 41,2 Prozent den Ausbau von Bahn- und Busverbindungen fordern. Darüber hinaus fordern 49 Prozent der Befragten eine verstärkte Nutzung des ÖPNV, wenn der Service verbessert wird. Der Bedarf nach Änderungen ist offensichtlich und wird von den Ergebnissen der **Umfrage** lautstark unterstrichen.

Einige Teile der Bevölkerung treffen zudem die Entscheidung über eine mögliche Reduzierung ihrer Fahrten. 24,7 Prozent würden ihre Fahrten einschränken, was massive Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe haben könnte. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, denn sie könnte zu einer weiteren Isolation von bestimmten Bevölkerungsgruppen führen.

Anforderungen an die Politik

Das hessische Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende drängt zudem auf das Erfordernis von Investitionen in den ÖPNV und die Förderung klimafreundlicher Verkehrsträger. Dies umfasst auch die Sicherstellung von Tariflöhnen und guten Arbeitsbedingungen, um qualifizierte Fachkräfte für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen. Das Bündnis, das aus Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden

sowie der Evangelischen Kirche in Deutschland besteht, fordert deshalb eine umfassende und langfristige Finanzierung.

Insgesamt zeigt die Umfrage, dass die Gesellschaft wachsam ist und klare Erwartungen an die Politik hat. Das **Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende** appelliert an Bund und Länder, diese Ansprüche ernst zu nehmen, um die Mobilität in Deutschland nicht nur zu sichern, sondern auch zukunftsfähig zu gestalten.

Details

Quellen

- www.wetterau.news
- www.bund.net

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net